

Eine Gefahr für Gesundheit und Demokratie?

IPPNW unterstützt zivilgesellschaftliche Initiativen gegen TTIP und CETA

Foto: Jakob Huber/Campact/CC by-nc/2.0



AKTIV WERDEN

Unterschreiben Sie gegen TTIP und CETA:
stop-ttip.org/de

Weitere Informationen unter:
ttip-unfairhandelbar.de
stop-ttip.org/de/wo-liegt-das-problem

kollen erhalten und regelmäßig konsultiert werden. Sie bestimmen offenbar in großem Ausmaß die Agenda.

Höchst strittig sind die internationalen Schiedsgerichte (ISDMs), eine quasi private nicht öffentliche Paralleljustiz, vor denen ausländische Unternehmen gegen Staaten klagen können, wenn ihnen durch politische Entscheidungen finanzielle Nachteile entstehen. So klagen beispielsweise schon jetzt im Rahmen bilateraler Freihandelsabkommen bzw. von WTO-Regelungen große Konzerne gegen Regierungen auf Schadensersatz: wegen Nichtzulassung von Arzneimitteln (Kanada), wegen eines Moratoriums gegen Fracking (Kanada), gegen den ägyptischen Staat, weil dieser den Mindestlohn von 41 auf 72 Euro/Monat angehoben hat oder Vattenfall gegen die Bundesregierung wegen des Atomausstieges. Hierbei geht es um 2,4 Mrd. Euro Schadensersatz.

Die Chancen, TTIP zu kippen, scheinen nicht schlecht, wenn der öffentliche Widerstand weiter wächst. Es gibt eine ständig wachsende europaweite Oppositionsbewegung (ebenso in den USA) inklusive der klein- und mittelständischen Wirtschaft. Auch die Medien berichten zum Teil recht kritisch darüber. In der Vergangenheit sind ähnliche Abkommen an massivem öffentlichen Widerstand gescheitert (MAI 1997, ACTA 2012). Das lässt hoffen.

Die IPPNW unterstützt das Bündnis „TTIP unfairhandelbar“ und die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative „Stopp TTIP und CETA“ (sEBI). Dem Bündnis gehören zahlreiche deutsche Organisationen wie attac, BUND, Campact, Greenpeace und medico international an. Die sEBI ist die Antwort der Bürgergesellschaft auf die Ablehnung der EU Kommission, eine europäische Bürgerinitiative zuzulassen (Formale Begründung: Die Verhandlungen seien keine Rechtsakte und daher durch eine Bürgerinitiative nicht anfechtbar). TTIP und seine Auswirkungen auf unsere Gesundheitssysteme und die Demokratie waren auch Thema eines Workshops auf der IPPNW Global Health Konferenz „Corporate Capture of Health“ am 20. September 2014 in Berlin.

Worum geht es?

Mit TTIP, dem Abkommen zur transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft u.ä. Freihandelsabkommen wie CETA (Canada-EU Trade Agreement) und TISA, dem derzeit zwischen 50 Nationen verhandelten Abkommen zur Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen, ist zu befürchten, dass den kommerziellen Interessen internationaler Konzerne Vorrang vor demokratisch legitimer Regulierung im Interesse des Gemeinwohls eingeräumt wird. Dabei geht es bei TTIP nicht primär um freien Handel von Gütern im Sinne des Abbaus von Zöllen – die sind zwischen der

EU und USA nur noch marginal. In erster Linie geht es um die Harmonisierung sogenannter nicht tarifärer Handelshemmnisse, d.h. um Angleichung von Standards, den Schutz privater Investitionen und geistiger Eigentumsrechte und weitere Marktöffnung. Öffentliche Güter und Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung, Umweltschutz und Kultur drohen, insbesondere auch durch TISA, unter weiteren Liberalisierungs- und Privatisierungsdruck zu geraten. Zudem steht auf der Verhandlungsagenda, dass einmal eingegangene Liberalisierungen/Privatisierungen nicht mehr rückgängig gemacht werden dürfen (Stillhalte- und Ratchet-Klausel). Das höhlt den Spielraum regionaler und nationaler Politik und damit demokratischer Politikgestaltung aus, wenn Staaten z.B. zum Schutz der Umwelt, öffentlicher Gesundheit oder ihrer Bürger höhere Standards, Umweltauflagen bzw. Einschränkung von Patentrechten beschließen oder Städte ihre Wasser- und Energieversorgung rekommunalisieren wollen. Sie können das auch weiterhin, müssen jedoch für entgangene Gewinne Entschädigungen an Unternehmen zahlen.

Die Verhandlungen zu TTIP, CETA und TISA sind weitgehend geheim. Selbst Regierungen und das EU Parlament werden nur höchst eingeschränkt über die Verhandlungen informiert, während große multinationale Konzerne bzw. deren Lobby Zugang zu den Verhandlungsproto-



Dr. Dieter Lehmkühl ist langjähriges IPPNW-Mitglied.